

19/1994

Bundeskanzler Helmut Kohl:

# Wir wollen das demokratische Europa

Nutzen Sie unser  
Wahlkampf-  
Telefon:  
(0228) 544-240

In diesem Jahr ist die Wahl zum Europäischen Parlament von besonderer Bedeutung, da das Europäische Parlament durch den Maastrichter Vertrag zahlreiche neue Rechte und Kompetenzen hinzugewonnen hat.

Wir Deutsche wären schon in Maastricht gerne weitergegangen, um das Europäische Parlament noch

**Aus der Regierungserklärung  
des Bundeskanzlers vom  
27. Mai zu aktuellen Fragen  
der Europapolitik**

stärker zu machen. Wir werden an diesem Ziel bei der für das Jahr 1996 vorgesehenen Überprüfungs-konferenz entschlossen festhalten.

## ● Europa – eine Frage von Krieg und Frieden

Für uns Deutsche ist die konsequente Fortsetzung der Politik der europäischen Einigung die Schicksalsfrage. Zur Politik der europäischen Einigung gibt es für uns keine verantwortbare Alternative. Frieden und Freiheit sind nichts Selbstverständliches, sie müssen täglich aufs Neue gesichert werden. Die europäische Einigung ist die wirksamste Versicherung gegen das Wiederaufflammen von Nationa-

(Fortsetzung Seite 2)

## HEUTE AKTUELL

### ● Europa

Wolfgang Schäuble: Nur der Weg zur europäischen Einheit sichert eine gute Zukunft.  
Seite 5

### ● Bilanz

Generalsekretär Peter Hintze: Klare Fakten, die den Erfolg unserer Politik belegen. Vier Jahre deutsch-deutsche Wirtschafts- und Währungsunion.  
Seite 10

### ● Sozialdemokraten

Die Maske ist gefallen: Die SPD nimmt Kurs auf Rot-Grün.  
Seite 13/14

### ● Aufschwung Ost

Helmut Kohl macht den ersten Spatenstich für „Leuna 2000“.  
Seite 16–18

### ● Renten

Ost-Rentnern geht es so gut wie nie. Seite 21

### ● Dokumentation

Junge Menschen in Arbeit und Berufsausbildung. Grüner Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

lismus und Rassismus auch in unserem Teil des Kontinents. Das Gelingen des europäischen Einigungswerkes ist letztlich eine Frage von Krieg und Frieden.

### ● Europa muß Frieden sichern und Frieden schaffen

Seit zwei Jahren sehen wir Abend für Abend in den Fernsehnachrichten schreckliche Bilder vom Leiden der Menschen in Sarajevo, in Gorazde oder an anderen Orten. Angesichts der Schreckensbilder im Kriegsgebiet stellen viele die Frage, warum die Europäische Union und die NATO nicht mehr zur Beendigung des Konflikts tun. Dabei wird jedoch vergessen, wie sehr dieser Krieg durch Haß und Irrationalität geprägt wird, die in Jahrhunderten gewachsen sind.

Die internationale Staatengemeinschaft läßt in ihren Bemühungen um eine umfassende Friedenslösung nicht nach. Sie hat diese gerade in den letzten Wochen und Monaten weiter verstärkt. Wir Deutschen haben nicht das moralische Recht, von den Verantwortlichen anderer Länder mehr zu verlangen, als wir selbst tun. Wir sollten vielmehr jenen jungen Soldaten und ihren Angehörigen Respekt bekunden, die unter Einsatz ihres Lebens dort für die Vereinten Nationen im Einsatz sind.

### ● Europa sichert unseren Wohlstand

Europa ist lebensnotwendig für die deutsche Wirtschaft. Es trägt entscheidend zu Beschäftigung, Wachstum, Wohlstand und innerer Stabilität in Deutschland bei. 1957 gingen deutsche Exporte von 14 Milliarden D-Mark in die zwölf Länder der heutigen Europäischen Union, 1993 waren es fast 300 Milliarden D-Mark. Millionen Arbeitsplätze in Deutschland sind abhängig von unseren Exporten in

die Europäische Union. Wir Deutsche ziehen wirtschaftlich großen Nutzen aus der Europäischen Union.

Ich verkenne nicht, daß wir an der Obergrenze unserer Zahlungsmöglichkeiten nach Brüssel angelangt sind. Deshalb ist es notwendig, daß ein künftiges Finanzierungs-konzept sich weitaus stärker am Pro-Kopf-Einkommen der einzelnen Länder orientieren muß. Unser Ziel ist, daß andere Mitgliedstaaten mit vergleichbaren Pro-Kopf-Einkommen mehr finanzielle Verantwortung übernehmen.

### ● Stabile Währung für Europa

Unsere D-Mark ist die wichtigste Währung in Europa. Sie hat sich im vergangenen Jahrzehnt zum währungspolitischen Stabilitätsanker entwickelt. Die Stabilität der D-Mark ist ein hohes Gut. Die Erfahrung unseres Volkes mit zwei Hyperinflationen in diesem Jahrhundert hat uns deutlich gemacht, daß eine stabile Währung immer auch ein Garant politischer Stabilität ist.

Im Maastrichter Vertrag haben wir durchgesetzt, daß die künftige Europäische Zentralbank praktisch dem Modell der Deutschen Bundesbank entspricht. Dies bedeutet, daß es eine gemeinsame europäische Währung nur dann geben wird, wenn sie genauso stabil und von gleicher Qualität ist wie die D-Mark. An den im Maastrichter Vertrag vereinbarten Kriterien für die Teilnahme an der dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion werden wir ohne Wenn und Aber festhalten.

### ● Europaweite Bekämpfung des Verbrechens

In der Innen- und Rechtspolitik können wir die anstehenden Probleme nicht mehr allein auf nationalstaatlicher Ebene lösen. Wir sind auch hier auf eine noch engere Zusammenarbeit mit unseren europäischen Partnern angewiesen.

Von entscheidender Bedeutung für unsere innere Sicherheit ist vor allem eine engere europäische Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Drogenmafia, des grenzüberschreitenden Verbrechens und des illegalen Waffenhandels. Die von uns allen angestrebte Öffnung der Grenzen darf nicht dazu führen, daß dem internationalen Verbrechen noch mehr Aktionsraum gegeben wird. Deshalb ist die Einrichtung einer europäischen Polizeibehörde Europol überfällig — etwa ver-



## Wahlkampf-Argumente

gleichbar dem Bundeskriminalamt bei uns. Darauf werde ich gegenüber unseren Partnern auch in Zukunft immer wieder drängen.

### ● Eine Perspektive für Osteuropa

Es liegt in unserem ureigenen Interesse, von stabilen Demokratien und gesunden Volkswirtschaften in unseren Nachbarländern umgeben zu sein. Deshalb werden wir die Beziehungen der Europäischen Union zu den mittel-, ost- und südosteuropäischen Staaten konsequent ausbauen. Wir haben ihnen beim Europäischen Rat in Kopenhagen eine klare Beitrittsperspektive eröffnet. Diese gilt es jetzt schrittweise auszufüllen.

Gute Worte allein reichen hierbei nicht aus, auch direkte Hilfen sind erforderlich. Deutschland unterstützt deshalb bilateral wie auch im Rahmen der Europäischen Union und der G-24 die jungen Demokratien in Mittel-, Ost- und Südosteuropa mit erheblichen Mitteln. Wir sind bei unseren Hilfen bis an die Grenze unserer Leistungsfähigkeit gegangen. Es

ist nötig, daß sich jetzt auch andere finanziell stärker engagieren.

In diesem Zusammenhang weise ich darauf hin, daß die Bundesregierung mit großem Nachdruck immer wieder auf die unzureichende Sicherheit der Kernkraftwerke in den mittel- und osteuropäischen Ländern hingewiesen hat. Die bisher getroffenen Maßnahmen reichen bei weitem nicht aus. Ich werde deshalb beim Europäischen Rat in Korfu und beim Wirtschaftsgipfel in Neapel erneut auf Abhilfe drängen.

### ● Zukunftssicherung des Standortes Europa

Die Europäische Wirtschaft befindet sich zur Zeit in einer Phase der Konjunkturschwäche, aber auch in einer tiefgehenden Strukturkrise. Für unser Land hat die Bundesregierung mit ihrem Programm zur Zukunftssicherung des Standortes Deutschland und ihrem Aktionsprogramm für mehr Wachstum und Beschäftigung die notwendigen Konsequenzen gezogen. Die Zukunftssicherung des Standortes Deutschland ist untrennbar verbunden mit der Zukunftssicherung des Standortes Europa.

Ziel ist es, durch Maßnahmen auf nationaler und europäischer Ebene vor allem die unvertretbar hohe Arbeitslosigkeit abzubauen. Ich nenne nur folgende Stichworte: Mehr Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt, Senkung der Lohnnebenkosten, Schaffung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten, besondere Maßnahmen gegen Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit.

Darüber hinaus kommt der Schaffung von transeuropäischen Netzen im Verkehrs-, Energie- und Telekommunikationsbereich große Bedeutung zu.

Ein herausragendes Beispiel ist der Ausbau der West-Ost-Schienenverbindung. Unser Ziel ist eine Schnellbahn-Linie quer durch unseren Kontinent: Lon-

don – Paris – Frankfurt – Berlin – Warschau – Moskau. In dieser Frage war ich auch mit Präsident Jelzin bei unseren jüngsten Gesprächen völlig einig.

### ● Europa: Einheit in Vielfalt

Ziel der deutschen Europapolitik ist und bleibt ein föderales Europa. Wir wollen Einheit in Vielfalt — also keinen europäischen Zentralstaat, der regionale und nationale Traditionen verschwinden ließe. Auch im vereinten Europa behalten wir unsere Identität als Deutsche, Franzosen oder Dänen! Heimat, Vaterland, Europa — das ist der Dreiklang der Zukunft.

Wer für ein Europa der Bürger eintritt, muß allen Tendenzen zu einer zentralistischen Bürokratie eine Absage erteilen.

Hierzu gehört auch, daß die bestehenden Vorschriften überprüft werden und wir auch auf europäischer Ebene mit der Deregulierung ernst machen. Die Mitgliedstaaten — auch wir selbst — müssen uns immer kritisch fragen, ob für bestimmte Anliegen tatsächlich eine europäische Richtlinie erforderlich ist.

### ● 1994: Erfolgjahr für die europäische Einigung

Ziel der deutschen Europapolitik ist es, auch 1994 zu einem Erfolgjahr für die europäische Einigung zu machen und damit nahtlos an die vergangenen Jahre und vor allem an 1993 anzuknüpfen — ein Jahr, das uns auf dem Weg zu einer wirklichen Europäischen Union entscheidend vorangebracht hat.

Die Bundesregierung wird deshalb in diesem Jahr alle Chancen zu einer weiteren Vertiefung der Europäischen Union konsequent nutzen und alles daran setzen, den Bürgern die Vorteile des vereinigten Europas stärker als bisher verständlich zu machen.

Die Absicherung und Fortführung des europäischen Einigungswerkes ist nicht irdendeine Frage, es ist die Schicksalsfrage unseres Kontinents und unseres Landes. Wir sichern damit Frieden und Freiheit für die Zukunft.

Wenn wir die Chancen nutzen, die Europa uns bietet, dann haben wir allen Grund zur Zuversicht.

## Produktion und Aufträge im Osten stark gestiegen

**Die ostdeutsche Industrie hat ihre Produktion im März gegenüber Februar um 20 Prozent erhöht.**

Wie das Bundeswirtschaftsministerium betonte, haben bei dieser Steigerung aber Saisoneinflüsse eine erhebliche Rolle gespielt. So meldete das besonders stark von der Witterung abhängige Bauhauptgewerbe eine Produktionsausweitung von 47 Prozent.

Im aussagekräftigeren Zweimonatsvergleich Februar/März gegenüber Dezember/Januar ergibt sich aber noch eine Produktionszunahme um 5 Prozent.

Die Auftragseingänge beim Verarbeitenden Gewerbe in den neuen Bundesländern stiegen im März wertmäßig um 6,3 Prozent nach plus 4,2 Prozent im Februar. Im Jahresvergleich lag der Auftragseingang um 10,4 Prozent höher.

Deutlich nahmen mit 32,5 Prozent die Bestellungen aus dem Ausland zu, während bei den Inlands-Orders ein Zuwachs von 2,9 Prozent verzeichnet wurde. Den größten Zuwachs an Bestellungen wies mit plus 34 Prozent das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe auf.

Wolfgang Schäuble:

## Nur der Weg zur europäischen Einheit sichert eine gute Zukunft

**Es war uns angekündigt worden — so hat man es in den Zeitungen gelesen — die große Abrechnung des Kanzlerkandidaten mit der Regierungspolitik.**

Viel, Herr Scharping, ist daraus wohl nicht geworden. Weil Sie nach dieser Woche zum Schluß ein versöhnendes Wort gesagt haben, zu dem Sie allen Grund haben: Ich meine, Sie sollten die Plakate wieder abhängen, mit denen Sie die Wahl des Bundespräsidenten in den Europawahlkampf einbeziehen.

Ich finde wirklich, wir sollten diese Wahl nicht im Europawahlkampf instrumentalisieren. Wir sollten diese Auseinandersetzung nicht fortsetzen.

Im übrigen hat mich bei Ihrer Rede ein wenig beschäftigt, daß Sie einleitend — Sie haben Vaclav Havel zitiert — von der Größe der Worte im Verhältnis zu den Taten gesprochen haben. Sie sind Oppositionsführer, und insofern haben Sie es leichter: Sie brauchen noch keine Taten vorzuweisen. Aber Sie sollten wenigstens konkretisieren, was Sie selbst wollen oder vorschlagen; denn die reine Unverbindlichkeit der Floskeln und Erklärungen, wo überhaupt nichts mehr bleibt, reicht für die Opposition wirklich nicht aus.

Ich habe mich bei Ihrer Rede an ein Gespräch erinnert, das der Frankfurter Kämmerer — er muß Sie kennen, denn er ist in einer rot-grünen Koalition; das ist ja Ihr Bild von der Zukunft Deutschlands auch nach dem 16. Oktober — mit einer von Kanzlers „Lieblingszeitungen“ in dieser Woche geführt hat. Dort hat er gesagt: „Wenn Sie mich fragen, wie fin-

den Sie Scharping, dann muß ich sagen: Ich finde ihn überhaupt nicht.“

So geht es auch mir. Heute morgen habe ich Sie überhaupt nicht gefunden.

Deswegen will ich in aller Deutlichkeit folgendes sagen. Ich kann verstehen, daß Sie wenig Alternativen haben. Die Regierungserklärung von Bundeskanzler Kohl, der die Fraktion der CDU/CSU zustimmt und für die wir dankbar sind, hat den Erfolgsweg europäischer Geschichte in der Zeit beschrieben, in der Helmut Kohl Bundeskanzler ist.

### Aus der Rede des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der Bundestagsdebatte zur Europapolitik am 27. Mai

Wir sind in diesen Jahren entscheidend vorangekommen. Wir haben durch die Politik der europäischen Einigung und der Westbindung die deutsche Einheit ermöglicht, gegen Ihren Widerstand. Die deutsche Einheit und die europäische Einigung sind zwei Seiten ein und derselben Medaille.

Wenn Sie davon sprechen, daß Worte und Taten in der Verantwortung für den Frieden in ganz Europa, auch im ehemaligen Jugoslawien und östlich der Grenze, die bis 1989/90 Deutschland, Berlin und Europa als Eiserner Vorhang geteilt hat, auseinanderklaffen, dann müssen Sie auch davon sprechen, daß Ihre Partei mit ihren Parteitagsbeschlüssen die Petersber-

ger Beschlüsse der Westeuropäischen Union als den „Versuch einer Militarisierung der Europäischen Union“ diskreditiert und diffamiert hat. Wir können aber nicht zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik in Europa kommen, wenn die Bundesrepublik Deutschland in der Mitte Europas eine Sonderrolle für sich in Anspruch nimmt, wie es die Politik der Sozialdemokraten ist. Sie führen uns in die Isolierung und in die internationale und europäische Handlungsunfähigkeit.

Deswegen gehen wir von der Verantwortung — das teilen wir — für den unteilbaren Frieden in Europa aus, der nicht weiter verletzt werden darf und wo Europa genügend versagt hat. Aber man kann doch nicht die Bundesregierung kritisieren, wenn man, wie die Sozialdemokraten, durch seine Blockade- und Verweigerungshaltung die Bundesrepublik Deutschland handlungs- und bündnisunfähig machen will und gleichzeitig dazu beiträgt, daß Europa nicht zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik kommt.

## **Blockade und Verhinderung**

Zur Inneren Sicherheit. Es wäre besser gewesen, Europa hätte früher zu einer gemeinsamen Politik gegen die Wanderbewegungen gefunden. Das ist doch durch Ihre Blockade der Asylpolitik über Jahre verhindert worden.

Es ist wahr, zu den großen Bedrohungen und Herausforderungen für die Stabilität unserer freiheitlichen Demokratien gehört die organisierte Kriminalität. Die Bedrohung der Inneren Sicherheit, die Aushöhlung unseres Rechtsstaats ist eine der fundamentalen Gefahren für die Überlebensfähigkeit freiheitlicher Demokratien. Aber dies ist nicht mit allgemeinen Erklärungen zu mehr Zusammenarbeit in Europa zu lösen, und schon gar

## **Wahlkampf-Argumente**

### **ENTSCHEIDUNG**



# 94

nicht ist die Drogenkriminalität damit zu bekämpfen, daß man die Drogen und insbesondere die harten Drogen freigibt. Was ist denn das für eine Politik von Widersprüchen?

Es macht übrigens, Herr Ministerpräsident Scharping, bei mir einen schalen Geschmack, wenn Sie zu Recht Radikalismus, Gewalt gegen Ausländer, Minderheiten in unserem Land kritisieren, aber im Satz zuvor die angeblichen Versäumnisse der Bundesregierung beim Aufbau für Ostdeutschland zur Ursache für diese Gewalttätigkeiten erklären. Sie sollten noch einmal nachlesen, was Sie gesagt haben. Das ist ein gefährlicher Weg. Wir sollten ohne Wenn und Aber jede Form von Gewalt gegen jeden Menschen, Ausländer und Deutsche, Minderheiten und Mehrheiten, nicht entschuldigen, nicht relativieren, sondern mit aller Entschiedenheit verurteilen und mit aller Entschiedenheit dagegen vorgehen.

Das, was Sie zur Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik gesagt haben, ist schon wirklich ein tolles Stück. Wir haben einen Anteil der Neuverschuldung des Bundeshaushalts, gemessen am Volkseinkommen — und das ist ja wohl die finanzpolitisch relevante Größenordnung —, der nach der Wiedervereinigung mit den gewaltigen Finanzierungslasten nach 40 Jahren Teilung und Sozialismus nicht höher ist als am Ende sozialdemokratischer Regierungszeit. Es ist doch eine unglaubliche Verleumdung, was Sie gegen den Finanzminister und die Finanzpolitik gesagt haben.

Daß Sie ausgerechnet heute von einer hemmungslosen Schuldenpolitik sprechen, nachdem das Statistische Bundesamt gerade gestern bekanntgegeben hat, daß die Inflationsrate in diesem Monat wieder unter 3 Prozent liegt, ist schon erstaunlich. Das ist ein Wert, von dem Sie in den Zeiten, in denen Sie Regierungsverantwortung in Bonn getragen haben, nicht einmal mehr zu träumen gewagt haben.

Das zeigt doch, daß die Stabilitätspolitik dieser Bundesregierung — gegen alle internationalen Vorhersagen — ungewöhnlich erfolgreich ist.

### Elendsbild gemalt

Sie haben übrigens bei Ihrem Elendsbild, das Sie von den neuen Ländern gezeichnet haben, zwei Dinge unterlassen zu sagen: Zunächst einmal ist es eine ziemlich miese Geschichte, Thüringen oder andere neue Bundesländer mit anderen Regionen in der Europäischen Union zu vergleichen, die seit 40 Jahren zu der Wohlstandsgemeinschaft der westlichen Demokratien und Marktwirtschaften gehören, während wir in Thüringen und in den anderen neuen Ländern die Wende erst seit vier Jahren haben.

Wir haben in den neuen Bundesländern im vergangenen Jahr ein reales Wachstum von 7,3 Prozent gehabt und in diesem Jahr und im nächsten Jahr von 8 und 8,5 Prozent. Unter den neuen Bundesländern hat übrigens das Land Thüringen die mit Abstand höchste Wachstumsrate von allen neuen Bundesländern, nämlich von über 11 Prozent real.

Wenn Sie da nun noch sagen — und das ist ja noch gefährlicher —, daß andere, ähnlich leistungsstarke Mitgliedsländer der Europäischen Union — wie der Bundeskanzler zu Recht gesagt hat —, auch einen höheren Anteil an den Finanzierungslasten europäischer Politik zu tra-

gen haben, dann aber hinzufügen, wir würden für die neuen Länder nichts bekommen, dann hätten Sie doch erwähnen sollen, daß die Europäische Union in den Jahren von 1994 bis einschließlich 1999, wenn ich es richtig im Kopf habe, in der Größenordnung von über 25 Milliarden DM Fördermittel für die neuen Länder zur Verfügung stellt.

Es heißt doch, den demagogischen Feinden der europäischen Einigung die Leute zuzutreiben, wenn man solche Reden hält, ohne zu erwähnen, was Europa für die neuen Länder tut.

Weil Sie bei der SPD so ausführlich vom Weißbuch der Kommission der Europäischen Union gesprochen haben, will ich Ihnen doch auch noch einmal nach der Devise „Die großen Worte und die konkreten Taten oder Positionen“ sagen: Wissen Sie, wie in der Außen- und Sicherheitspolitik, wie in der Inneren Sicherheit, so sind die Sozialdemokraten auch im Blick auf eine gemeinsame Wirtschafts-, Finanz- und Beschäftigungspolitik in Europa hoffnungslos isoliert.

Die europäische Energiepolitik wird bei ihrer Harmonisierung auf die Nutzung der Kernenergie unter gar keinen Umständen verzichten, aber die Sozialdemokraten wollen aussteigen. Das ist der Weg in die Isolierung Deutschlands.

### Große Worte, keine Taten

Ja, erst große Worte von konkreten Taten reden, und wenn man vom Konkreten redet, dann ist nur noch Geschrei und sonst gar nichts mehr, und bei Herrn Scharping ist Stille. Das hat keinen Sinn. Wir reden jetzt über das Konkrete.

**DAS WEISSBUCH** der Europäischen Kommission setzt auf private Finanzierung beim Bau moderner Verkehrswege. Der Widerstand der Sozialdemokraten auch nur gegen die Diskussion darüber

steht in einem eklatanten Widerspruch dazu.

**DAS WEISSBUCH** der Europäischen Kommission spricht ausdrücklich davon, daß wir bei der Genehmigung von öffentlichen und privaten Investitionen zu Verfahrensbeschleunigungen kommen müssen.

Gegen das Verfahrensbeschleunigungsgesetz haben Sie schon 1991 im Bundesrat Widerspruch eingelegt. Nur, weil wir am Schluß noch die Stimmen von Brandenburg gewonnen haben, konnte es verabschiedet werden. Bei jedem weiteren Schritt in der konkreten Beratung — ich habe ja gerade die Postreform genannt, das Gentechnikgesetz, die Energiepolitik — ist immer die Haltung der Sozialdemokraten im Bundestag: Nein! Mit Ihrer Mehrheit im Bundesrat blockieren Sie, Sie mißbrauchen den Bundesrat.

**DAS WEISSBUCH** der Europäischen Union spricht von der Rigidität des Arbeitsmarktes, die beseitigt werden müßte, wenn wir die Chancen für mehr Beschäftigung nützen wollten. Es spricht davon, daß wir für geringer Qualifizierte flexiblere Tarife bräuchten, um mehr Beschäftigung zu bekommen. Wer kämpft denn in diesem Lande dagegen? Die Sozialdemokraten.

Das andere, das in dieser Europadebatte ebenfalls gesagt werden muß: Wenn wir für unser Land eine gute Zukunft sichern wollen, dann ist der Weg der europäischen Einigung, der zugleich auch der Weg der festen Einbindung des vereinten Deutschlands in die Gemeinschaft des freien Westens ist und bleibt, der alternativlos richtige. Der aber bedeutet, daß wir international und europäisch handlungsfähig bleiben müssen.

Dies heißt, daß wir international auch Zustimmung zu unserer Politik finden müssen und daß wir auch in der Lage

## Wahlkampf-Argumente



sein müssen, mit anderen gemeinsam zu handeln: in der Außen- und Sicherheitspolitik, in der Innenpolitik, in der Wirtschafts- und Finanzpolitik.

### SPD europäisch isoliert

Es führt doch wohl überhaupt kein Weg an der Erkenntnis vorbei, daß die Sozialdemokraten mit ihrer Position europäisch und international isoliert sind. Selbst in der Sozialistischen Internationale haben sie für ihre Position keine Verbündeten.

Wenn die Führer der Sozialistischen Internationale, wenn die großen europäischen Sozialisten und Sozialdemokraten bei der Bundestagswahl 1994 zu wählen hätten, würden sie Helmut Kohl wählen. Sie wissen, daß das vereinte Deutschland mit dem Bundeskanzler Helmut Kohl, mit der Union und mit der Koalition der Mitte das Deutschland ist, das entscheiden und in jedem Zeitpunkt konsequent auf dem Weg zur europäischen Einigung vorangegangen ist, das auch in den nächsten Jahren ein verlässlicher Partner bleiben wird und das auch in der europäischen Politik kompromißbereit bleibt.

Die Widerstände gegen europäische Politik durch Unverständnis bei vielen unserer Mitbürger sind zu groß. Deswegen müssen wir für die Überzeugung werben, daß nur der Weg weiter zur europäischen Einheit und zur europäischen Handlungsfähigkeit für unser vereintes Deutschland in der Mitte Europas eine gute Zukunft sichert. ■

# Deutsche Ratspräsidentschaft steht vor wichtigen Aufgaben

**Günter Rinsche, Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments zur deutschen Ratspräsidentschaft:**

Nach der Wahl des Europäischen Parlaments müssen die drängenden institutionellen Fragen in der Europäischen Union erörtert und die für 1996 geplante Regierungskonferenz zur Revision des Vertrages der Europäischen Union intensiv vorbereitet werden. Dies wird die eine vorrangige Aufgabe des neugewählten Parlaments sein.

Deutschland übernimmt die Ratspräsidentschaft zu einem für die Europäische Union wichtigen Zeitpunkt. Zum einen soll die Erweiterung der Union um Österreich, Schweden, Norwegen und Finnland bis zum 1. Januar 1995 vollendet werden. Zum andern wird es gerade auch die Aufgabe der deutschen Ratspräsidentschaft sein müssen, die Vorarbeiten zur Regierungskonferenz 1996 auf den Weg zu bringen.

Das Europäische Parlament hat mit seiner Zustimmung zu den Beitrittsverträgen verantwortungsbewußtes Handeln unter Beweis gestellt, denn die Zustimmung erfolgte trotz erheblicher Bedenken gegen den im Rahmen der Beitrittsverhandlungen von den Regierungen ausgehandelten „Kompromiß von Ioannina“. Dieser Kompromiß sieht vor, daß dann, wenn sich eine sogenannte starke Minderheit (unterhalb der Sperrminorität von 27 der insgesamt 90 Stimmen) im Rat gegen einen Vorschlag findet, zunächst weiterverhandelt wird mit dem Ziel, zu einer Lösung zu kommen, die mindestens von der qualifizierten Mehrheit im Rat gestützt wird.

Dies verzögert nicht nur Entscheidungen, sondern der Rat hat damit eigenmächtig Regeln für das Entscheidungsverfahren aufgestellt, von denen auch das Parlament als mitentscheidendes Organ berührt ist. Die Entscheidungen in der Union dürfen nicht in den Händen der Ratsbürokratie — und damit in den Händen der nationalen Bürokraten — liegen, sondern müssen gleichberechtigt und demokratisch mit dem von den europäischen Bürgerinnen und Bürgern gewählten Parlament getroffen werden.

Unsere zentralen Forderungen sind deshalb:

- Das Europäische Parlament muß im Rahmen eines echten Zwei-Kammer-Systems gleichberechtigter Gesetzgeber mit dem Ministerrat werden in allen Bereichen, die auf Unionsebene geregelt werden.

- Die Zuerkennung des vollen Haushaltsrechts, vor allem die Ausdehnung der parlamentarischen Mitentscheidung auf die Einnahmeseite des Haushaltes.

- Das Recht auf Zustimmung des Europäischen Parlaments bei Änderungen der Verträge für die Europäische Union und die ihr zugrunde liegende Gemeinschaft.

- Das neugewählte Parlament muß von Anfang an gleichberechtigt und vollständig an der Vorbereitung der Regierungskonferenz 1996 beteiligt werden.

Die deutsche Bundesregierung und insbesondere Bundeskanzler Helmut Kohl haben sich immer für mehr Demokratie und die Rechte des Parlaments in der Union eingesetzt. Während der Ratspräsidentschaft werden sie auch für die Regierungskonferenz und die Zukunft der Union wegweisende Impulse geben. ■

**Generalsekretär Peter Hintze:**

## **Klare Fakten, die den Erfolg unserer Politik belegen**

**Anlässlich des Auftaktes der Bilanzkampagne „Aufschwung Ost“ erklärte Generalsekretär Peter Hintze am 30. Mai in Berlin: Am 1. Juli 1994 jährt sich zum vierten Mal der Tag des Inkrafttretens der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Die Deutschen in Ost und West hatten sich entschlossen, die historische Chance zu nutzen und das nie dagewesene Unternehmen zu wagen, nach dem Scheitern der sozialistischen Planwirtschaft die Wirtschaftsordnung von einem Tag auf den anderen in die Soziale Marktwirtschaft zu überführen.**

Was seitdem geleistet wurde, versetzt unsere Nachbarn in Erstaunen und bringt den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes die Hochachtung der anderen Nationen ein. Heute, nach vier Jahren, stelle ich fest: Der Weg in die Einheit ist gelungen — nicht zuletzt dank der Bereitschaft der Menschen, die Herausforderung anzunehmen und zu meistern.

Die Vollendung der Einheit wird auch in Zukunft Opfer von allen verlangen. Der Weg ist schwieriger und länger, als dies vor vier Jahren vorhersehbar war. Wir haben damals nicht absehen können, daß die Wirtschaft in Osteuropa zusammenbrechen würde.

Die Geschichte gibt bisher kein Beispiel dafür, wie ein durch 40 Jahre sozialistische Planwirtschaft in seinen wirtschaftlichen Grundstrukturen zerstörtes und in seinen Wirtschaftsbeziehungen völlig einseitig ausgerichtetes Land erfolgreich in

seinen Wirtschaftsbeziehungen einseitig ausgerichtetes Land erfolgreich in eine arbeitsteilige, moderne und international wettbewerbsfähige Volkswirtschaft integriert werden kann. Wie dies geht, konnte niemand im Lehrbuch nachschlagen.

Das sind die Fakten des Aufschwungs in den neuen Bundesländern:

**1.** In den neuen Bundesländern setzt sich ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum durch, das mit voraussichtlich 8 Prozent in diesem Jahr wesentlich höher ist

### **Vier Jahre deutsch-deutsche Wirtschafts- und Währungsunion – eine Bilanz**

als die Entwicklung in anderen Industrieländern. Dieses Wirtschaftswachstum hält seit nunmehr drei Jahren unvermindert an. Solides Wachstum ist die beste Grundlage für die Sicherung bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Andernfalls würde das Ziel der Angleichung der Lebensverhältnisse in West und Ost in weite Ferne rücken. In diesem wichtigsten Punkt der Herstellung der wirtschaftlichen und sozialen Einheit kommen wir sehr gut voran.

**2.** Wachstum ist nur möglich, weil die CDU-geführte Bundesregierung bei der Privatisierung der ehemaligen Staatsbetriebe erfolgreich war und den ordnungspolitischen Rahmen für selbständiges wirtschaftliches Handeln gewährleistet. Wesentlichen Anteil an dieser erfolgrei-

chen Politik hat die Treuhandanstalt. Sie war einstmals das größte staatliche Unternehmen der Welt und hat mittlerweile 13.836 Unternehmen und Betriebsteile veräußert.

Sie hat dabei viele unpopuläre Entscheidungen treffen müssen. Unter der Führung des Präsidenten Detlev Rohwedder, der einem feigen Attentat zum Opfer fiel, und der jetzigen Präsidentin Birgit Breuel hat die Treuhandanstalt Garantien für über 1,5 Millionen Arbeitsplätze und 188 Milliarden DM an Investitionen erreicht. Damit wurde ein stabiles Fundament vor allem im Bereich der industriellen Fertigung geschaffen, auf dem nun neue Industrieansiedlungen aufgebaut werden.

**3.** Wesentlichen Anteil am Aufschwung in den neuen Bundesländern hat auch die völlige Neugestaltung einer leistungsfähigen öffentlichen Verwaltung und Rechtsordnung. Die in der ehemaligen DDR mit 2,25 Millionen Personen völlig überbesetzte öffentliche Verwaltung ist deutlich schlanker und damit auch wesentlich effizienter geworden. Die Arbeit der Verwaltungen war über das Alltagsgeschäft hinaus wesentlich auch von der Aufarbeitung der Rückstände und Mißstände der SED-Diktatur geprägt, zum Beispiel im Bereich der Rechtsorgane, der Sozialversicherungen und des Katasterwesens. Bei diesem Aufbauwerk haben über 16.000 Beamte und Angestellte aus den alten Bundesländern mitgewirkt. Vor allem aber war es die Leistung der Landesregierungen, der Kreis- und Stadtverwaltungen sowie der sie tragenden Parlamente. Hier hat die CDU wie keine andere politische Kraft Verantwortung getragen und Aufbauarbeit geleistet.

**4.** Der völlige Umbau der Wirtschaftsstruktur in den neuen Bundesländern hat die in der DDR in erheblichem Umfang vorhandene, aber verdeckte Arbeitslosigkeit offengelegt.

## Wahlkampf-Argumente

### ENTSCHEIDUNG



# 94

Die Politik läßt die jetzt von Arbeitslosigkeit betroffenen Bürgerinnen und Bürger nicht allein. Durch den massiven und gezielten Einsatz der Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik konnte der Arbeitsmarkt im Jahr 1993 um etwa 1,7 Millionen Arbeitssuchende entlastet werden. Seit der Wende wurden weit über 2 Millionen Arbeitnehmer über die Bundesanstalt für Arbeit weitergebildet oder umgeschult. Die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und das neue Instrument der Lohnkostenzuschüsse für bestimmte Tätigkeiten im Bereich des Umweltschutzes, der sozialen Dienste und der Jugendhilfe erreichen in den neuen Ländern Rekordniveau.

Die Zahl der Maßnahmen ist in diesem Jahr etwa zehnmal so hoch wie in Westdeutschland im Krisenjahr 1982 unter der Verantwortung der SPD. Eine weitere erhebliche Entlastung findet durch den Bezug von Altersübergangs- und Vorruhestandsgeld statt.

Dies alles war nur durch die drastische Aufstockung des Haushalts der Bundesanstalt für Arbeit möglich, der nicht nur durch Beiträge der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, sondern auch durch einen Bundeszuschuß aus Steuermitteln (1993: ca. 25 Milliarden) gestärkt wird.

**5.** Die Politik für Wachstum und Beschäftigung und der konsequente Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente konnten den völligen Einbruch am Arbeitsmarkt in den neuen Bundesländern wirksam verhindern. Bereits seit einiger Zeit entstehen so in weiten Teilen

der neuen Bundesländer Monat für Monat deutlich mehr neue Arbeitsplätze, als alte wegfallen. Die Zahl der Arbeitslosen ist jetzt auf gut 1,2 Millionen gesunken, die Quote liegt bei 16,2 Prozent.

Besonders wichtig ist für die CDU auch, daß die Jugendarbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern mit etwa 9 Prozent deutlich niedriger liegt als die durchschnittliche Arbeitslosigkeit. Hierzu haben auch die drei Lehrstellenoffensiven der Bundesregierung beigetragen: Eine solide Ausbildung ist die beste Voraussetzung für einen guten Start in das Berufsleben.

**6.** Nicht nur in der Arbeitsmarktpolitik, sondern auch in den anderen Bereichen der Sozialpolitik ist die soziale Einheit weitgehend hergestellt, sofern der Staat direkt darauf Einfluß nehmen kann.

Die Renten in den neuen Bundesländern wurden seit der Wende achtmal deutlich erhöht. Die Standarddeckrente als Vergleichszahl für das Rentenniveau erreicht bereits heute über 75 Prozent der Eckrente im Westen. Da in den neuen Bundesländern mehr Frauen erwerbstätig waren als in der alten Bundesrepublik und somit verstärkt auch eigene Rentenansprüche erworben haben, erreicht das durchschnittliche Renteneinkommen eines Haushalts sogar fast 95 Prozent des Westniveaus. Die Rentner sind damit deutliche Gewinner der Einheit.

**7.** Eine große Herausforderung war auch die Sicherstellung einer medizinisch hochwertigen und umfassenden Gesundheitsversorgung für die gesamte Bevölkerung. Denn durch Mängel im Gesundheitssystem und die erheblichen Umweltbelastungen traten in der ehemaligen DDR viele Krankheiten gehäuft auf. Die Lebenserwartung lag deutlich unter der in den alten Bundesländern.

Träger des modernen Gesundheitswesens

in den neuen Bundesländern ist heute das bewährte gegliederte Gesundheitssystem der alten Bundesrepublik Deutschland. Es setzt auf Ärzte in freier Niederlassung, leistungsfähige Krankenhäuser und umfassende präventive Maßnahmen. Gab es in der ehemaligen DDR lediglich 2.000 Medikamente, sind heute alle 70.000 auch im Westen zugelassenen Arzneimittel in den neuen Bundesländern verfügbar. Durch Soforthilfeprogramme für Krankenhäuser in den neuen Bundesländern konnte dem schlechten Bauzustand und dem erheblichen Investitionsbedarf im medizinischen Bereich wirksam begegnet werden.

**8.** Die SED-Diktatur hat trostlose Plattenbauten und heruntergekommene Altbauten hinterlassen. Deshalb ist es eine vordringliche Aufgabe, menschenwürdigen bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Die Regelung der Altschulden im Wohnungsbau — der Bund trägt hierbei die Hauptlast — hat einen gewaltigen Investitionsschub ausgelöst. In diesem Jahr wird die Zahl der Baugenehmigungen rund 100.000 erreichen. Das ist mehr als viermal so viel wie vor dreieinhalb Jahren. In der Welt gibt es kein zweites Land, das in einem Gebiet mit rund 17 Millionen Einwohnern eine solche Bauleistung schafft.

**9.** Eine gute Infrastruktur ist die Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg. Diese war jedoch zu DDR-Zeiten in einem desolaten Zustand, behinderte Investitionen und schränkte die Bürger ein. In den vergangenen vier Jahren sind 5.790 Kilometer Bundesfernstraßen instandgesetzt oder neu gebaut, 770 Brücken repariert und 3.000 Kilometer Schienennetz der Eisenbahn saniert worden. Eine gigantische Aufbauleistung der Bürger.

Seit der Wiedervereinigung wurden rund 2,3 Millionen Telefonanschlüsse neu ein-

# Die Maske ist gefallen

**Zur Koalitionsaussage des SPD-Bundesgeschäftsführers Verheugen erklärte der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jürgen Rüttgers:**

Jetzt ist die Alternative klar. Die Menschen in diesem Land wissen, vor welcher Entscheidung sie stehen: Rot-Grün oder Fortsetzung der Koalition der Mitte. Außenpolitische Isolation oder Stabilität im Bündnis. Freigabe von harten Drogen oder entschlossener Kampf gegen Dealer und andere Kriminelle. Anschlag auf Marktwirtschaft und Arbeitsplätze oder Sicherung des Zukunftsstandorts Deutschland.

Die Maske ist gefallen. Mit einem Schlag hat SPD-Bundesgeschäftsfüh-

rer Verheugen den verzweifelten Vernebelungsaktionen des SPD-Vorsitzenden Scharping ein jähes Ende bereitet. Die SPD will den Pakt mit den Grünen, um an die Macht zu kommen. Scharpings Versuch, die Wählerinnen und Wähler zu täuschen, ist kläglich gescheitert.

Das Programm der Grünen ist ein Programm der verbrannten Zukunft: weg mit der Bundeswehr, raus aus der NATO, raus aus der Kernenergie, Freigabe von Drogen. Wenn Rot-Grün wahr würde, dann ist Deutschlands Sicherheit durch außenpolitische Isolation gefährdet, ist der Zukunftsstandort Deutschland am Ende. Hunderttausende Arbeitsplätze wären bedroht.

Einen ersten Vorgeschmack auf das, was bei Rot-Grün auf uns zukäme, liefert die prompte Forderung der Grünen-Politikerin Antje Vollmer: Rot-Grün heißt „in jedem Fall“ Tempolimit und Benzinpreiserhöhung.

gerichtet. Insgesamt stehen in den neuen Bundesländern jetzt über vier Millionen Telefonanschlüsse zur Verfügung. Vor der Maueröffnung konnte nur jeder zehnte Bürger von zu Hause aus telefonieren, heute bereits jeder vierte.

**10.** Die SED-Diktatur hat auf den Schutz von Umwelt und Natur keine Rücksicht genommen.

Die ökologische Sanierung in den neuen Bundesländern ist seit der Wiedervereinigung eine umweltpolitische Aufgabe höchster Priorität. Insgesamt hat die CDU-geführte Bundesregierung in den neuen Bundesländern bis Ende 1993 für Umweltschutzprojekte rund 32 Milliarden DM an Zuschüssen und Darlehen bereitgestellt.

Erste wichtige Erfolge sind vor allem auch in der Braunkohlesanierung zu verzeichnen. Allein im Lausitzer Revier wurden rund 75 Millionen Kubikmeter Erdmassen bewegt, um die Tagebaurestlöcher zu füllen.

Mit der Sanierung der neuen Bundesländer werden zugleich modernste Technologien entwickelt, die langfristig auf dem Weltmarkt den Absatz deutscher Umweltprodukte sichern. Im Jahr 2000 werden 350.000 Menschen in den neuen Bundesländern im Umweltschutz beschäftigt sein.

Dies sind klare Fakten, die den Erfolg unserer Politik belegen. Hierfür hat die CDU unter Führung von Bundeskanzler Helmut Kohl den Weg bereitet.

## Probleme mit der Wirklichkeit

### SPD: Kurs auf Rot-Grün

**Mit seinen jüngsten Äußerungen zu einer rot-grünen Koalition hat der SPD-Bundesgeschäftsführer, Günter Verheugen, endlich die Katze aus dem Sack gelassen: „Ich vermute, daß Rot-Grün auch auf Bundesebene längst seinen Schrecken verloren hat“, erklärte Verheugen im Spiegel.**

Weiter heißt es dort: „Der ökologische Wandel wäre sicher leichter mit den Grünen durchzusetzen.“

(Der Spiegel, 30. 5. 1994)

Damit ist klar, worauf die SPD abzielt: auf ein rot-grünes Bündnis. Auch die Pressekommentare lassen daran keinen Zweifel: „Jetzt ist es also doch passiert. Was Rudolf Scharping unter allen Umständen hatte vermeiden wollen, hat ihm nun ausgerechnet sein bisher loyaler Mitstreiter eingebrockt: Eine Debatte über mögliche Koalitions-Präferenzen. Mit seinem relativ unverhohlenen Plädoyer für Rot-Grün hat SPD-Generalsekretär Günter Verheugen seiner Partei keinen guten Dienst erwiesen.“

(Der Tagesspiegel, 30. 5. 1994)

Kaum waren die Äußerungen Verheugens in der Welt, da versuchte die SPD schon wieder ein Verschleierungsmanöver und sprach von „Überinterpretation“.

(SPD-Presseerklärung, 29. 5. 1994)

„Die SPD fällt in diesen Tagen vor allem dadurch auf, daß Äußerungen ihrer Spitzenpolitiker im nachhinein relativiert und entschärft werden. Das war vor knapper Wochenfrist bei den Bemerkungen vom Parteichef über die Wahl des Bundespräsidenten so, und es wiederholte sich gestern nach einem Interview von Bun-

desgeschäftsführer Verheugen.“

(Die Welt, 30. 5. 1994)

Man darf aber sicher sein, daß Verheugen nicht ohne Hintergedanken die rot-grüne Verlobungsanzeige ausgegeben hat: „Verheugen ist Politprofi genug, um die Brisanz seiner Worte richtig einzuschätzen; man darf ihm getrost unterstellen, daß sie nicht zufällig gewählt wurden.“

(Die Welt, 30. 5. 1994)

### Beleidigte Leberwurst

Unterdessen befindet sich „Scharping im Tief“ (Stuttgarter Zeitung, 28. 5. 1994)

„Keine leichte Woche für Rudolf Scharping: Erst die Niederlage der Sozialdemokraten bei der Wahl des neuen Bundespräsidenten, dann das vernichtende Presseecho auf den Umgang des SPD-Chefs mit seiner Niederlage — schlechter Verlierer, beleidigte Leberwurst!“ (ebenda)

Rudolf Scharping und die SPD sind offenbar völlig außer Tritt geraten. „Vor allem Scharpings Reaktion zeigt, wie sehr die Nerven bei der SPD angesichts dieses doch eingeplanten Sieges der Koalition blank liegen.“

(Nürnberger Nachrichten, 25. 5. 1994)

Die SPD bietet wieder ihr altes Bild der Zerstrittenheit: „... Geschlossenheit und Berechenbarkeit sind vorerst wieder passé. Erst Scharpings Flop mit den Beserverdienenden, dann der mühsam verdeckte Krach um das Tempolimit, die Auseinandersetzung zwischen Lafontaine und Dressler über die Kürzung von Sozialleistungen...“

(Stuttgarter Zeitung 28. 5. 1994)

Angesichts dieses Durcheinanders bei der SPD antwortete selbst der Grüne Tom Koenigs auf die Frage: „Wie finden Sie Scharping?“: „Ich finde ihn gar nicht.“

(Der Spiegel, 23. 5. 1994)

# Klarer Erfolg unserer Wirtschaftspolitik

**Zur aktuellen Schätzung der Inflationsrate durch das Statistische Bundesamt erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rainer Haungs:**

Nachdem die Konjunktur und der Export seit mehreren Monaten wieder Tritt gefaßt haben, zeigt sich nun mit dem Rückgang der Inflationsrate auf unter 3 Prozent ein weiterer Erfolg der Wirtschafts- und Finanzpolitik von CDU/CSU und FDP. Die entschlossenen und frühzeitig eingeleiteten Maßnahmen zur Sicherung und Stärkung des Wirtschaftsstandortes Deutschland sowie die solide und wegweisende Finanzpolitik von Bundesfinanzminister Waigel haben Zinsspielräume eröffnet, die nun der deut-

schen und der gesamten europäischen Konjunktur zugute kommen.

Dies verbessert die Chancen für eine weitere Belebung des Arbeitsmarktes, die vorrangiges Ziel von Koalition und Bundesregierung ist.

Niedrige Zinsen und niedrige Inflationsraten stärken im Zusammenwirken mit einer stabilitätsorientierten Konsolidierungspolitik den Investitions- und Wirtschaftsstandort Deutschland im internationalen Wettbewerb.

Sie sind gleichzeitig wichtige Voraussetzungen für eine Fortsetzung der zurückhaltenden Lohnpolitik des laufenden Jahres, die mittelfristig zu einem höheren Wachstum und höheren privaten Einkommen führen wird.

## Kommentar

### Die Zwei vor dem Komma

*Noch ist die frohe Kunde aus Wiesbaden nur eine Schätzung. Aber wer die Vorsicht der Volkswirte vom Statistischen Bundesamt kennt, zweifelt nicht an ihrer Zuverlässigkeit: Erstmals seit über drei Jahren erscheint in der Inflationsstatistik für den zu Ende gehenden Mai wieder eine Zwei vor dem Komma. Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte ist binnen Jahresfrist um 2,9 Prozent gestiegen. — Immer noch zuviel, wendet der stabilitätsorientierte Zeitgenosse ein, und er hat zweifellos recht damit. Aber der Zwei ist eine segensreiche Wirkung trotzdem nicht abzusprechen.*

*Ganz handfeste Vorteile bringt der Abstieg vom Inflationsgipfel jetzt und jedermann. Ein Prozent weniger Inflation bedeutet in absoluten Zahlen 18*

*Milliarden Mark zusätzlicher Kaufkraft in den Geldbeuteln der Verbraucher.*

*Weil brutto für netto verfügbar, ist dieses eine Prozent nicht weniger als zwei Prozent Lohnerhöhung wert, was im Zeichen der tariflichen Nullrunde manches Loch stopft. Inflationslinderung ist außerdem aber die sozialste Form der Wohlstandsmehrung, weil von ihr auch Gering- und Nichtverdiener profitieren.*

*Die Freude über die Zwei aber reicht weiter; denn als Monatsmarke fügt sie sich in einen Trend, der weiter abwärts in Richtung Eins und Geldwertstabilität weist — ein Ziel, das nach Erreichen der deutschen Einheit für alle Zeiten zu entschwinden drohte. Als Hüterin der Stabilität dürfte die Bundesbank die Zahlen mit besonderer Befriedigung zur Kenntnis nehmen. Sie bestätigen ihre Politik und sollten sie zugleich zu weiteren moderaten Zinsschritten ermutigen.*

**Die Welt**

# Helmut Kohl macht den ersten Spatenstich für „Leuna 2000“

Mit einem symbolischen ersten Spatenstich hat Bundeskanzler Helmut Kohl am 25. Mai den Bau für die Erdölraffinerie „Leuna 2000“ eingeleitet.

Das größte Investitionsvorhaben in Ostdeutschland kostet 4,3 Milliarden DM und soll langfristig 2.250 Arbeitsplätze schaffen. Es wird vom französischen Energiekonzern Elf Aquitaine SA (Paris) sowie deutschen und russischen Partnern getragen.

Anschließend gab der Bundeskanzler in

Bitterfeld das Zeichen für die Inbetriebnahme des ersten von drei Werken der Bayer AG (Leverkusen). Dort investiert Bayer 650 Millionen DM in 500 Arbeitsplätze.

Helmut Kohl würdigte in Leuna den Bau der Raffinerie als Grundpfeiler der Zukunft der ostdeutschen Chemie-Industrie. Leuna werde zu einem Beispiel für die Erneuerung eines industriellen Kerns. „Das ist ein großartiger Tag für unser ganzes Land“, sagte er zur bedeutendsten

Mit einem symbolischen ersten Spatenstich leiten Bundeskanzler Helmut Kohl und Philippe Jaffré, Präsident des französischen Energiekonzerns Elf Aquitaine SA (Paris), den Bau der neuen Erdölraffinerie „Leuna 2000“ ein. Das größte Investitionsvorhaben in Ostdeutschland kostet 4,3 Milliarden Mark und soll langfristig 2.250 Arbeitsplätze schaffen. Jaffré bezeichnete die Raffinerie, die von Elf Aquitaine gemeinsam mit deutschen und russischen Partnern errichtet wurde, als modernste und umweltfreundlichste in Europa. — DIE WELT kommentiert: Helmut Kohls Spatenstich im sachsenanhaltinischen Chemiedreieck symbolisiert die Bodenbereitung für den Aufschwung. 4,3 Milliarden Mark Investitionssumme sind der richtige Dünger.

Foto: dpa





Mit einem Knopfdruck nimmt Bundeskanzler Helmut Kohl ein Methylcellulose-Werk der Bayer-AG (Leverkusen) in Betrieb. Am symbolischen Produktionsstart nehmen auch Bundeswirtschaftsminister Günther Rexrodt, der Vorstandsvorsitzende der Bayer-AG, Manfred Schneider, und Sachsen-Anhalts Ministerpräsident, Christoph Bergner, teil.

Foto: dpa

deutsch-französischen Investition seit 1945.

Auch sei es vor 50 Jahren kaum denkbar gewesen, russische Unternehmen als Partner zu begrüßen. Für Deutschland sei es

höchst wichtig, daß seine Chemie ihre Weltmarktstellung behauptete. Helmut Kohl: „Diese Region ist dafür wie geschaffen“.

Elf-Chef Phillippe Jaffré nannte die Raf-

## Spatenstich für Leuna hat Signalwirkung

**Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Clemens Schwalbe, erklärte zum Besuch des Bundeskanzlers in Sachsen-Anhalt:**

Der Spatenstich für die Raffinerie „Leuna 2000“ durch den Bundeskanzler ist ein richtungsweisendes Zeichen für unsere Region. Insgesamt sollen 4,3 Mrd. DM investiert werden. Dies ist die größte Investition in den neuen Bundesländern überhaupt.

Nachdem noch vor wenigen Wochen das Scheitern drohte, ist es dem persönlichen Einsatz des Bundeskanzlers zu verdanken, daß nunmehr mit der Umstrukturierung dieses industriellen Kernbereiches begonnen werden kann. Dieser Spatenstich wird mit Sicherheit auch eine Signalwirkung haben, die

weitere Investoren im sogenannten Chemiedreieck anziehen wird.

Mit der Inbetriebnahme des ersten von drei Werken der Bayer AG in Bitterfeld ist ein weiteres Zeichen für den Aufschwung Ost gesetzt worden. Nach langwierigen Verhandlungen hat sich die Bayer AG entschlossen, in unsere Region 650 Mio. DM in 500 Arbeitsplätze zu investieren. Hier zeigt sich, was Erhaltung industrieller Kerne bedeutet: Nicht Subventionierung veralteter Betriebe um jeden Preis, sondern Schaffung neuer, zukunftssträchtiger und sicherer Arbeitsplätze an den alten Standorten. Wir werden in absehbarer Zeit über die größte und modernste Erdölraffinerie Europas und eine Reihe weiterer moderner Chemieunternehmen in unserer Region verfügen. Darauf können wir stolz sein.

## Kommentare

### Hoffnungsschimmer

*Bundeskanzler Kohl konnte in Leuna und Bitterfeld die Früchte seiner Hartnäckigkeit ernten: Investitionen. An beiden Chemiestandorten im Osten werden in den nächsten Jahren Milliarden investiert, durch das Engagement von Elf Aquitaine in Leuna und Bayer in Bitterfeld (nicht zu vergessen BASF in Schwarzheide) entstehen sehr wettbewerbsfähige Produktionslinien. Dies ist vor allem Helmut Kohl zu verdanken, der für den Erhalt der alten Unternehmen eintrat, als vordergründig alles für eine Stilllegung der stinkenden Giftschleudern sprach.*

*Noch blühen Bitterfeld und Leuna nicht, aber die ersten Pflänzchen sprießen.* **General-Anzeiger, Bonn**

### Wendepunkt erreicht

*Bevor blühende Landschaften entstehen, muß der Boden aufbereitet und der Dünger für das kraftvolle Aufkeimen der Wirtschaft gestreut sein. Die ersten Wirkungen sind unübersehbar: Hohe Wachstumsraten, eine beachtliche Investitionsdynamik und der Boom einzelner Branchen signalisieren, daß in den neuen Ländern endlich der Wendepunkt erreicht ist.*

**Die Welt**

finiere die modernste und umweltfreundlichste in Europa. Bislang ist Elf in Deutschland mit 6.000 Mitarbeitern an 30 Standorten aktiv. Die Raffinerie Leuna wird in der dreijährigen Bauphase bis zu 5.000 Menschen beschäftigen.

Das vom Bundeskanzler symbolisch in Betrieb genommene Bayer-Werk in Bitterfeld dient der Herstellung von jährlich 5.000 Tonnen Methylcellulose, einem Hilfsstoff für die Bauindustrie. Bayer

### Grund zu Optimismus

*Für Helmut Kohl war es ein persönlicher Erfolg, am Mittwoch in Leuna zu sein. Für die 4,3-Milliarden-Investition von Elf Aquitaine hatte sich der Kanzler besonders stark gemacht ... Investiert in die ostdeutsche Chemieindustrie hat auch die Bayer AG. In Bitterfeld nahm heute das erste von drei Werken die Produktion auf. Zwei Investitionen — für den Kanzler Grund zu Optimismus.* **ARD**

### Ein großer Schritt nach vorn

*Das war ein guter Tag für Sachsen-Anhalt, für die Menschen in der Chemie-Region und für die Zukunft. Mit dem Spatenstich für die neue Raffinerie in Leuna und der Produktionsaufnahmen von Bayer in Bitterfeld ist einer der industriellen Kerne gerettet. Der Wirtschaftsstandort Sachsen-Anhalt hat am heutigen Mittwoch einen großen Schritt nach vorne getan. Da soll noch einmal einer sagen, hier passiert nichts. Noch vor einigen Jahren wiesen Satellitenkarten Bitterfeld als schmutzigste Region Europas aus, und heute wird Bitterfeld mehr und mehr zu einem Synonym für moderne Zukunftstechnologie. So ganz langsam geht die Saat auf, die vor vier Jahren von Politikern, Managern und Arbeitern gesät wurde.* **MDR 3-TV**

investiert in den Betrieb mit 42 Arbeitsplätzen 80 Millionen DM.

Helmut Kohl versicherte vor rund 500 Ehrengästen, Bitterfeld habe mit dieser Investition als Chemiestandort eine Zukunft: „Er wird einer der besten in Deutschland und Europa“. Zwar hätten in den vergangenen Jahren viele Menschen den Arbeitsplatz verloren, doch jetzt stünden die Zeichen auf Aufschwung.

## Sendetermine unserer Werbespots bis zum 11. Juni

Die Spot-Termine in den öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten sowie in den öffentlich-rechtlichen Radio-Sendern haben wir im UiD 16/94 veröffentlicht. Wir können uns deshalb in dieser Ausgabe auf die privaten TV-Anstalten von Montag, den 6. Juni, bis Samstag, 11. Juni, beschränken:

### Montag, 6. 6.:

18.55 Uhr in RTL 2  
ca. 19.25 Uhr in SAT 1  
20.10 Uhr in PRO 7  
ca. 22.05 Uhr in RTL  
22.54 Uhr in n-tv  
23.54 Uhr in n-tv

### Dienstag, 7. 6.:

14.40 Uhr in DSF  
18.00 Uhr in IA Berlin/Brandenburg  
ca. 20.05 Uhr in SAT 1  
20.15 Uhr in Kabelkanal  
20.54 Uhr in n-tv  
21.05 Uhr in PRO 7

### Mittwoch, 8. 6.:

ca. 17.55 Uhr in RTL  
18.00 Uhr in IA Berlin/Brandenburg  
18.55 Uhr in RTL 2  
19.15 Uhr in Kabelkanal  
ca. 20.05 Uhr in SAT 1  
20.10 Uhr in PRO 7  
21.54 Uhr in n-tv

### Donnerstag, 9. 6.:

14.40 Uhr in DSF  
18.25 Uhr in Kabelkanal  
19.20 Uhr in PRO 7  
ca. 21.05 Uhr in RTL  
ca. 21.15 Uhr in SAT 1  
21.24 Uhr in n-tv  
22.00 Uhr in RTL 2  
22.24 Uhr in n-tv

### Freitag, 10. 6.:

ca. 17.25 Uhr in RTL  
17.55 Uhr in Kabelkanal  
18.00 Uhr in IA Berlin/Brandenburg  
18.15 Uhr in RTL 2  
19.20 Uhr in PRO 7  
ca. 20.10 Uhr in RTL  
ca. 20.10 Uhr in SAT 1  
20.15 Uhr in Kabelkanal  
22.20 Uhr in DSF  
23.54 Uhr in n-tv

### Samstag, 11.6.:

ca. 20.10 Uhr in RTL  
ca. 20.10 Uhr in SAT 1  
23.54 Uhr in n-tv

## Union jetzt in allen Umfragen deutlich vor SPD

**Erstmals hat die CDU/CSU die SPD im Superwahljahr 1994 in der Wählergunst deutlich überholt. Auch der Koalitionspartner FDP verbucht Gewinne.**

Vier Meinungsforschungs-Institute sehen die Union vor der SPD. Forsa

registriert 42 gegen 39 Prozent. Wikkert meldet 39,9 Prozent für die CDU/CSU gegen 37 Prozent für die SPD. Das Institut Basis Research ermittelt im Auftrag des Magazins „Focus“ 38 Prozent für die Union und 37 für die SPD. Emnid gibt der Union für die Europawahl 40, der SPD 38 Prozent.

# Schwangerschaftsabbruch bleibt Unrecht

**Seit beinahe genau einem Jahr liegt uns ein richtungweisendes Urteil des Bundesverfassungsgerichts vor. Wir — und hier spreche ich für die große Mehrheit der CDU/CSU — haben uns entschlossen, dem vom Bundesverfassungsgericht vorgezeichneten Weg einer Beratungsregelung zu folgen.**

Umsetzung des Urteils heißt für uns: vollständige Befolgung aller Vorgaben und Auflagen. Das Urteil ist kein Steinbruch, aus dem jeder nach Belieben das ihm Genehme herausnehmen kann. Mit dieser Entscheidung steht eine Menge Vertrauen auf dem Spiel — das Vertrauen der Bürger in die rechtsbefriedende Funktion unseres höchsten Gerichts und — noch wichtiger — in die verantwortungsvolle Wahrnehmung von Rechtsetzungsbefugnis des Gesetzgebers in einem so sensiblen Bereich wie dem des Lebensschutzes.

Ich vermag deshalb wenig Verständnis dafür aufzubringen, wenn die SPD mit ihrem Entwurf zum Teil bewußt unter-

## CDU Thüringen mit neuer Telefonnummer

Ab sofort ist die CDU-Landesgeschäftsstelle Thüringen nur noch über ihre neue Telefonnummer zu erreichen. Sie lautet: (03 61) 34 49-0. Die Fax-Nummer ist wie bisher (03 61) 66 92 25. Alle anderen Telefonnummern sind entweder schon abgeschaltet oder werden in den nächsten Tagen abgeschaltet.

halb zwingender verfassungsrechtlicher Vorgaben bleibt.

Zu nennen wären: die relativierende Zielorientierung der Beratung; die lückenhafte Umsetzung der strafbewehrten ärztlichen Pflichten; der nahezu vollständige

## Von Irmgard Karwatzki, Vorsitzende der Arbeitsgruppe „Schutz des ungeborenen Lebens“ der CDU/CSU- Bundestagsfraktion

Verzicht auf zusätzliche Strafvorschriften für das soziale und familiäre Umfeld der Schwangeren; die sich im rechtsstaatlichen Grenzbereich bewegende Kostenabwicklung über die Krankenkassen für nicht rechtmäßige Schwangerschaftsabbrüche bei Bedürftigkeit.

Die unmißverständliche Botschaft des Urteils lautet: Der Schwangerschaftsabbruch ist und bleibt Unrecht. Aber es gilt auch: Der Schutz des ungeborenen Lebens kann nur mit und nicht gegen die Frau erreicht werden. Unser Gesetzentwurf trägt beiden Gesichtspunkten Rechnung.

## Deutliche Differenzierung

Zum einen wird sehr deutlich zwischen rechtmäßigen Abbrüchen in engen Ausnahmefällen und lediglich straflosen Abbrüchen nach erfolgter Beratung differenziert. Zum anderen akzeptiert der Entwurf mit der Ergebnisoffenheit der Beratung die Letztentscheidung der Frau. ■

# Ost-Rentnern geht es so gut wie nie

**Grundlage für ein einheitliches Rentenrecht in ganz Deutschland ist das Renten-Überleitungsgesetz von 1991. Seit dem 1. Januar 1992 haben nunmehr auch die Rentner in den neuen Bundesländern erstmals Anspruch auf eine dynamische Rente.**

Dies bedeutet: Auch in wirtschaftlich und finanziell schwieriger Zeit steigen die Renten in Ost und West entsprechend dem Anstieg der Löhne und Gehälter. Das bedeutet aber auch: In den neuen Bundesländern steigen die Renten entsprechend stärker, da auch die Lohnentwicklung stärker verläuft als in den alten Bundesländern. Zum 1. Juli 1993 sind in den neuen Bundesländern die Renten um effektiv 14,24 Prozent gestiegen.

Ein halbes Jahr später, zum 1. Januar 1994, wurden sie um 3,64 Prozent erhöht. Zum 1. Juli dieses Jahres erfolgt ein weiterer Anstieg der Ost-Renten um 3,17 Prozent. Das verfügbare Renteneinkommen eines Rentners, der 45 Jahre lang durchschnittlich verdient hat, steigt in diesem Jahr gegenüber dem Jahr 1993 um über 12 Prozent.

Entscheidend ist, was der Rentner sich für sein Geld auch kaufen kann. Durch die solide Sparpolitik der Bundesregierung ist die Preisentwicklung gebremst

worden, so daß dem Rentenanstieg von über 12 Prozent eine geschätzte Preisentwicklung von rund vier Prozent in diesem Jahr gegenübersteht. Auch das Verhältnis zwischen Ost- und Westrenten hat sich positiv entwickelt. Die verfügbare Standardrente wird sich am 1. Juli 1994 in den

## Von Rudolf Kraus, Parlamentarischer Staatssekretär im Arbeitsministerium

alten Bundesländern auf 1931,31 DM und in den neuen Bundesländern auf 1451,17 DM erhöhen.

Damit erreicht die verfügbare Standard-Ostrente 75,5 Prozent der vergleichbaren Westrente. Am 30. Juni 1990, dem Tag vor der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion, lag dieses Verhältnis — je nach Rentenbeginn der Ostrenten — noch zwischen rd. 29 Prozent und 37 Prozent. Die Versichertenrenten in den neuen Ländern werden mit der Anpassung zum 1. Juli 1994 gegenüber dem Stand Juni 1990 durchschnittlich auf das rd. 2,5fache steigen.

Den meisten Rentnerinnen und Rentnern in den neuen Bundesländern geht es heute so gut wie nie zuvor.

## 1993 wieder mehr DSB-Mitglieder

Der Deutsche Sportbund (DSB) wächst und wächst. Im Vorjahr konnte die Dachorganisation der Sportverbände erneut 720.966 neue Mitglieder und eine Wachstumsquote von 3,05 Prozent verzeichnen. Damit sind jetzt genau 24.372.316 Bundesbürger in der größten deutschen Bürgervereinigung organisiert. 1992 lag der Anstieg noch bei knapp zwei Prozent. Dies geht aus einer im DSB-Pressedienst veröffentlichten Statistik hervor. Ein rückläufiger Trend ist lediglich im Alter zwischen 19 und 21 Jahren zu beobachten.

# Erfolg der CDU: Tierversuche nehmen kontinuierlich ab

**Der Deutsche Bundestag hat am 20. Mai das Tierschutzgesetz novelliert. Das Gesetz wurde aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre fortgeschrieben. Die CDU-geführte Bundesregierung hatte das Tierschutzrecht 1986 bereits völlig neu überarbeitet. Seitdem hat Deutschland das beste Tierschutzgesetz weltweit.**

Die Tiere sind bei uns aber nicht nur im Tierschutzgesetz, sondern auch im Bürgerlichen Gesetzbuch als Mitgeschöpfe anerkannt. Die CDU setzt sich für den bestmöglichen praktischen Tierschutz ein, für wirkliche Verbesserungen statt emotionaler Diskussionen. Augenfälliger Erfolg der Tierschutzpolitik der CDU ist die kontinuierliche Abnahme von Tierversuchen in einer Größenordnung von ca. 10 Prozent jährlich. Zur jetzigen Tierschutznovelle erklärte der Tierschutzbeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Meinolf Michels**:

Naturgemäß waren mit der vom Bundesrat veranlaßten Novellierung des Tierschutzgesetzes eine Vielzahl von Änderungsvorschlägen mit unterschiedlichsten Richtungen verbunden, die wiederum je nach Standpunkt sehr kontrovers bewertet werden. Es war mir ein Anliegen, diese Vorschläge sorgfältig auf ihre Tierschutzrelevanz und praktische Umsetzbarkeit zu prüfen. Dazu hat eine sachlich geprägte Anhörung gedient, darüber hinaus aber auch viele Gespräche im engen Kreis mit Fachleuten, die beruflich mit dem Tierschutzgesetz konfrontiert sind. Ebenso wichtig war mir die Einbindung des organisierten Tierschutzes bei diesen Beratungen. All dies hat gezeigt, daß die Tierschutzpolitik bei uns nicht im Schnellgang durchgepaukt wird.

Aufgrund dieser intensiven und ausgiebigen Beratungsvorarbeit und darauf aufbauenden Beratungen im Ernährungsausschuß selbst können wir ein Beratungsergebnis vorweisen, das den Tierschutz in vielen Punkten verbessert, gleichzeitig aber den bürokratischen Aufwand reduziert. Im einzelnen sind folgende Punkte hervorzuheben:

## 1. Tierhaltung:

- Die Aufsicht über die Tierhaltung wird in den verschiedenen Bereichen verbessert; in Verbindung damit wird in vielen Fällen der Nachweis für die Sachkunde gefordert.
- In Schlachthöfen ab 50 Großvieheinheiten Kapazität ist ein weisungsbefugter Verantwortlicher für die Einhaltung des Tierschutzgesetzes zu benennen.
- Künftig soll sichergestellt werden, daß nur Fleisch aus solchen Drittländern in die EU eingeführt werden darf, das aus tierschutzgerecht durchgeführten Schlachtungen stammt.

## 2. Tierversuche:

- Die Genehmigungsfrist für anzeigepflichtige Tierversuche wird auf einen Monat verlängert.
- Künftig unterliegen alle Tierversuche der Meldepflicht, also auch die in Aus-

**Wahlkampf-Argumente**

**ENTSCHEIDUNG**



**94**

## Modifikation der Rabattordnung schützt Mittelstand vor Nachteilen

**Zur Verabschiedung der Novellierung des Rabattgesetzes im Wirtschaftsausschuß erklärten der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Kurt Faltlhauser, und der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rainer Haungs:**

Die Koalition hat zu Beginn des Jahres 1994 ein 30 Punkte-Programm zur Belebung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt verabschiedet. Eine der Vorgaben war dabei die Abschaffung des Rabattgesetzes.

Die Koalition hat nunmehr die Konsequenzen aus dieser Vorgabe gezogen und einen wesentlichen Schritt zur Deregulierung durch eine Modifikation der Rabattordnung getan.

Dadurch zeigt die Koalition erneut Handlungsfähigkeit und entschlossenes Gestalten.

Die CDU/CSU hat nicht zuletzt im Rahmen der Anhörung zum Rabattgesetz und zur Zugabeverordnung gewichtige Einwände gegen eine völ-

lige Aufhebung des Rabattgesetzes entgegengenommen. Dies war vor allem der Einwand gegen die wettbewerbsverzerrende Möglichkeit von Gesamtrabatten („Jahresrabatte“) und die Möglichkeit der Gestaltung von sogenannten Mondpreisen. Die Zugabeverordnung wird unverändert beibehalten.

Vor allem diese beiden Kritikpunkte sind nunmehr in einem „Rabatt-Deregulierungsgesetz“ aufgenommen worden, das der Wirtschaftsausschuß am 25. Mai in zweiter und dritter Lesung verabschiedet hat.

### Keine Nachteile

Durch diese neue Regulierung ist vor allem sichergestellt, daß für die mittelständischen Unternehmen gegenüber großen Handelsunternehmen keine Nachteile entstehen. Mit dem heute angenommenen Gesetzentwurf werden ja dem Mittelstand Mittel in die Hand gegeben, flexibel und individuell abgestimmt auf die Wünsche seiner Kunden eingehen zu können.

Fort- oder Weiterbildung. Erfasst werden auch die Tiere, die zur Gewinnung von Seren oder Impfstoffen genutzt werden, und diejenigen, die zur Organentnahme getötet werden.

● Die variabelere Gestaltung des Genehmigungsverfahrens entsprechend der Notwendigkeit einer Änderung der Versuchsdurchführung vermindert den bürokratischen Aufwand und spart gleichzeitig in vielen Fällen Versuchstiere ein. Viele weitere Verbesserungen im Detail

wären zu nennen. Ich begrüße ausdrücklich, daß auf nationaler Ebene jetzt eine Verordnung für den Tiertransport auf den Weg gebracht ist, die eine Erweiterung und Präzisierung der Tierschutzvorschriften bringen wird. Wir haben auch grundsätzlich dem Verbot von Tierversuchen für Kosmetika zugestimmt; es ist nur darauf hinzuweisen, daß wir hier nicht national vorgehen können, sondern dies ab 1998 durch eine EU-Vorschrift geregelt sein wird. ■

## Was könnte man noch besser machen...?

Die Hamburger CDU hat das UiD-Format entdeckt. Das neue Konzept ihres Informationsblattes „Neues“ hat sich mit dem Handlichen angefreundet und ersetzt die frühere Hamburger CDU-Zeitung.

Indem der Hamburger Landesverband damit seine schriftliche Kommunikation einschränkt, weitet er gleichzeitig seine Anstrengungen in Richtung Aktion und Interaktion aus.

So lädt er für den 10. Juni zu einer Kennenlern-Party der CDU in die Geschäftsstelle am Leinpfad ein und kündigt dafür gute Musik im Garten, Talk mit Politikern, sommerliche Salate und kühle Getränke an. Für den 18. Juni haben die Hamburger zum Thema „TU WAS! WAS?“ ein Mitglieder-Workshop geplant. Unter anderem soll es dabei einen Info-Markt geben, eine Video-Umfrage „Was könnte man bessermachen im



Kontakt Bürger — Parteien?“ und ein Check out „Das will ich für die CDU tun“.

Landesgeschäftsführer Wulf Brocke: Informationen über die Partei sind auch weiterhin unentbehrlich. Aber wir wollen auch andere Wege gehen, die dem Bedürfnis der Menschen nach Kontakten und neuen Bekanntschaften entgegenkommen.

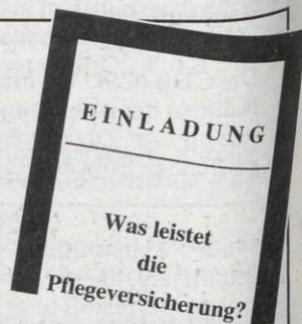
## Was leistet die Pflegeversicherung?

Zu Antworten auf diese Frage hat vor zwei Wochen die Trierer CDU zu einer vorbildlichen Veranstaltung eingeladen und damit sehr schnell auf den wichtigsten sozialpolitischen Erfolg der Bundesregierung in dieser Wahlperiode reagiert.

Der Vorsitzende der CDU Trier, Christoph Böhr, hatte nicht unrecht: Trotz der Berichterstattung in den Medien ist, was die Pflegeversicherung für ältere Menschen und ihre Angehörigen leistet, noch kaum bekannt.

Ministerialdirigent Reinhard Hauschild vom Bundesministerium für

Vielleicht ein Muster auch für andere Kreisverbände



Arbeit und Sozialordnung, der Geschäftsführer der Trierer AOK, der Sozialdezernent der Stadt und ein Vertreter der Mobilien Sozialen Dienste gaben Auskunft über die Leistungen der Pflegeversicherung, über Antragsmodalitäten und ergänzende Leistungen.



Anja Kruse bei Dreharbeiten zu einem Fernsehspot für die Europawahl

**EUROPA. »MANCHE  
ZIELE MUSS MAN NUR  
LANGE GENUG  
IM AUGEN BEHALTEN.«**



EINE INITIATIVE DER EUROPÄISCHEN BEWEGUNG

Schmuck Film / Studioblog

Mit dieser und ähnlichen Anzeigen wirbt die Europäische Bewegung für eine hohe Wahlbeteiligung bei der Europawahl am 12. Juni. Eine hohe Wahlbeteiligung soll nämlich das Bekenntnis des vereinten Deutschland zu Europa sichtbar machen, aber auch den weiteren europäischen Einigungsprozeß durch ein mit großer Mehrheit gewähltes Europäisches Parlament stärken. — Um die parteipolitische Neutralität dieser Initiative zu gewährleisten, nehmen Politiker nicht daran teil. Wir aber bringen diese Anzeige im UiD, um auch unsererseits zu zeigen, daß wir die Ziele der Europäischen Bewegung uneingeschränkt befürworten.

## 36 Elektroautos im Einsatz auf der Insel Rügen

Auf der Insel Rügen hat die Zukunft bereits begonnen: Leise und umweltfreundlich stellen dort 36 Elektroautos ihre Leistungsfähigkeit im täglichen Einsatz unter Beweis. Mitte März hatten sie bereits 185.000 Kilometer zurückgelegt.

Im August soll die Flotte vollständig sein und aus 60 Fahrzeugen bestehen.

Bis 1996 werden sie über 1 Million Elektrofahrzeugkilometer zurückgelegt haben.

Die Fahrzeuge gehören zum Demonstrationsversuch „Erprobung von Elektrofahrzeugen der neuesten Generation auf der Insel Rügen“, zu dessen Verlauf Bundesforschungsminister Paul Krüger anlässlich einer Zwischenbilanz in Bonn Stellung nahm.

**Türanhänger****für den Wahltag**

Als weitere Mobilisierungshilfe für den Wahltag liegen jedem Exemplar unserer Mitgliederzeitschrift **„Union-Magazin“** **!!**

jeweils 6 Türanhänger mit Wahlauftrag bei, die Sie am Wahltag in Ihrer Nachbarschaft an CDU-Nahestehende verteilen können.

Zusätzliche Exemplare kann jeder CDU-Kreisverband zum Preis von 40,— DM je 500 Expl. über folgende Anschrift bestellen:

**CDU-  
Bundesgeschäftsstelle  
Abt. Information  
Herrn Geiser  
Friedrich-Ebert-Allee 73  
53113 Bonn  
Fax: 02 28/544-341.**

**WÄHLEN GEHEN!**

**12. Juni 1994  
Deutschland zuliebe!**

**CDU** **WÄHLEN GEHEN!**

**Europa – gut für  
Deutschland**

- ★ 5 Millionen Arbeitsplätze in Deutschland hängen direkt von der Europäischen Union ab.
- ★ Europa kauft jährlich für rund 300 Milliarden D-Mark bei uns ein.
- ★ Der Dreck macht nicht vor unseren Grenzen halt. Umweltschutz geht nur gemeinsam in Europa.
- ★ Die Bekämpfung der internationalen Kriminalität und die Verhinderung des Asylmißbrauchs sind nur europaweit zu meistern.
- ★ Nur die europäische Völkergemeinschaft sichert uns eine Zukunft in Frieden.

**Gehen Sie daher am  
12. Juni zur Wahl.**

**CDU** 

Heranzugeh.: CDU-Bundesgeschäftsstelle · Friedrich-Ebert-Allee 73-75 · 53113 Bonn · 02 28

**Wir danken  
für Ihr Vertrauen  
CDU**

◀  
**„Wir danken  
für Ihr Vertrauen“  
Überkleber**

(42,5 cm x 15 cm)  
schwarzer Druck auf  
grünem Papier

Bestell-Nr.: **8196**  
Verpackungseinheit:  
500 St.

Preis je 500 Expl.:  
30,— DM

**Materialien zum Thema**

**Aufschwung Ost**

Nach dem dramatischen Rückgang der Industrieproduktion, nach zahlreichen Firmenzusammenbrüchen in den Jahren 1990 bis 1992 hat die ostdeutsche Wirtschaft nun wieder Tritt gefaßt. Die Aufholjagd gegenüber dem Westen hat begonnen. Viele Betriebe haben ihre Maschinen und Anlagen modernisiert und neue Produkte auf den Markt gebracht. Computerchips aus Thüringen oder Werkzeugmaschinen aus Sachsen brauchen sich nicht mehr hinter der westlichen Konkurrenz zu verstecken.

Die genauen Daten über den Aufschwung in unseren östlichen Landesverbänden erhalten Sie durch unsere neuen Materialien beim IS-Versandzentrum:

- **Broschüre**  
„Aufschwung-Ost“  
Bestell-Nr.: 5916  
Verpackungseinheit: 50 Expl.  
Preis je 50 Expl.: 27, — DM
- **Computer-Diskette:**  
„Aufschwung-Ost“  
Bestell-Nr.: 9913  
Verpackungseinheit: 5 Expl.  
Preis je 5 Expl.: 15, — DM

**Bestellungen an:**  
IS-Versandzentrum  
Postfach 11 64, 33759 Versmold  
Fax (0 54 23) 54 69, 4 15 21  
und 4 28 20  
Preise zuzüglich MwSt.  
inklusive Versand

**Aufschwung Ost**



**Eine Zwischenbilanz zum 4. Jahrestag der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion am 1. Juli 1994**



**SICHER IN DIE ZUKUNFT**

**CDU**

**Aufschwung Ost**



**Bilanz aus 4 Jahren Aufbauarbeit**



**SICHER IN DIE ZUKUNFT**

**CDU**

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 2449  
53014 BONN

# Aufschwung Ost



**Bundeskanzler Helmut Kohl:**

»Ich bleibe bei meinem Wort, daß in den neuen Bundesländern »blühende Landschaften« entstehen. Ich mag mich im Zeitmaß getäuscht haben, und sicherlich sind auch die Kosten höher als erwartet. Aber in der Hauptsache habe ich mich nicht geirrt. Ich hatte stets Vertrauen in die große Leistungsbereitschaft der Ostdeutschen und sehe mich darin voll bestätigt«



**SICHER IN DIE ZUKUNFT**  
**CDU**

Vertriebsstelle: CDU-Bundesgeschäftsstelle, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Telefon Bonn: 1100-1000

Dies ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle, die Ihre Angaben an die Bundesgeschäftsstelle weiterleiten wird.

# UiD

19/1994

**UNION IN DEUTSCHLAND** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.  
**Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 5307-0, Telefax (02 28) 5307-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Bernd Profitlich.  
**Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 38050000), Postgirokonto Köln Nr. 193795-604 (BLZ 37010050). **Abonnementspreis** jährlich 52,- DM. **Einzelpreis** 1,50 DM. **Herstellung:** ~~WVA~~ Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.